

Citation style

Pfister, Christian: Rezension über: Daniele Ganser, Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit, Zürich: Orell Füssli, 2012, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2014, 1, S. 107-108, DOI: 10.15463/rec.1189720874

First published: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2014, 1



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Exekutive und in der Verwaltung“ (S. 129) ist seit langem bekannt. Das gilt etwa auch für den Befund, „dass der Reichstag im Wesentlichen durch Kürzungen unmittelbaren Einfluss auf den Etat nahm“ (S. 479). Manche Urteile erscheinen zudem fragwürdig, wie etwa die – nicht einmal ansatzweise belegte – These, dass die Budgetrechtslehre Labands und anderer (vgl. dazu S. 80 f.) „dem Parlament erschwert, seine Rechte umzusetzen“ (S. 105) (ganz abgesehen von dem Umstand, dass das Parlament aus der Sicht Labands gerade solche Rechte nicht hatte). Hinzu kommen irritierende Deutungen der Reichsverfassung, wenn etwa die Rede ist vom „Zweikammerparlament des Kaiserreiches“ in Form von Bundesrat und Reichstag (vgl. S. 105), war doch der Bundesrat als Gremium einzelstaatlicher Regierungsvertreter gerade keine parlamentarische Institution. Dass zudem wichtige Arbeiten zur Debatte über die Parlamentarisierung des Kaiserreiches nicht herangezogen wurden (Kühne: *Geschichte und Gesellschaft* 31 [2005], S. 293-316, v. a. 311-316; Schönberger: *HZ* 272 [2001], S. 622-666) und das Buch damit in einem für die Verfasserin wesentlichen Punkt nicht auf dem Stand der Forschung ist, verstärkt den ambivalenten Eindruck, den das Werk bei seinen Leserinnen und Lesern hinterlässt.

Diese Defizite sind umso bedauerlicher, als die Verfasserin bei der Erhebung und Auswertung der von ihr betrachteten Finanzdaten mit einem enormen Einsatz zu Werke gegangen ist. Ihre Arbeit hätte sicherlich erheblich gewonnen, wenn sie sich von vornherein auf die Analyse dieser Quellen beschränkt hätte. So ist ein Buch entstanden, dessen Bedeutung für die Erforschung des Bismarckreiches leider deutlich begrenzt ist.

Zürich

ANDREAS THIER

DANIELE GANSER: *Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit*. Orell Füssli, Zürich 2012, 414 S., 24,95 €.

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser, seit 2011 Gründer und Leiter des „Swiss Institute for Peace and Energy Research“, ein mitreißender Referent, legt ein lesenswertes Buch zur politisch-militärischen Bedeutung des Erdöls in Geschichte und Gegenwart vor. Der Titel bringt es auf den Punkt: Die Flut des billigen Erdöls, das zum wirtschaftlichen Aufschwung (West) Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beitrug, wirkte als Rausch, der abhängig und süchtig machte und den Blick für die ökologischen und geopolitischen Nebenwirkungen dieser Entwicklung vernebelte. Der Autor versteht sein Buch als Plädoyer, vom Erdöl als Energiequelle wegzukommen.

In den ersten 14 Kapiteln resümiert er die Geschichte Europas aus der Perspektive des Erdöls, hauptsächlich mit Blick auf die Schweiz, mit Seitenblicken auf Deutschland und Österreich, wobei er vieles aus einschlägigen Monographien zusammenfasst. Als roter Faden dienen ihm Versuche der U.S. Politik, die globalen Erdölressourcen zu kontrollieren. Im Falle des 1953 durch die CIA inszenierten Sturzes des demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossadegh mag diese Sichtweise berechtigt sein. An anderer Stelle, etwa bei der Darstellung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbour, wirkt sie jedoch einseitig, weil Ganser nur das Kalkül der U.S. Regierung hervorstreicht, aber den Angriffskrieg der Japaner in China mit keinem Wort erwähnt. Neu recherchiert hat er unter anderem die vergebliche Suche nach Erdöl in der Nachkriegszeit, den Bau von Pipelines und von Raffinerien sowie die Anstrengungen der Schweizer Politik, die Taktiken der Erdölmultis zur Steueroptimierung über Tochterfirmen aufzudecken. Dass die „Ölkrise“ von 1973 auf einer durch den Nahostkrieg medial geschürten Psychose und nicht auf einer realen Verknappung des Angebots beruhte, konnten aufmerksame Zeitgenossen schon Ende des selben Jahres nachlesen; doch ist diese Tatsache später vernebelt worden. In diesem Zusammenhang stellt Ganser die These des Journalisten William Engdahl in den Raum, ein Geheimgespräch von einflussreichen U.S. Politikern und Geschäftsleuten habe im Frühjahr 1973 den Plan diskutiert, einen Anstieg des Erdölpreises durch eine künstliche Verknappung des Angebots herbeizuführen, um den Wertzerfall des U.S. Dollars

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

aufzuhalten. Zusammenhänge mit dem Ausbruch des „Yom Kippur Krieges“ im Oktober können allerdings nicht hergestellt werden. In ähnlicher Weise greift Ganser Spekulationen auf, die Katastrophe von 9/11 sei durch die U.S. Administration inszeniert worden, um den Irakkrieg zu legitimieren. Ob solches in eine wissenschaftliche Darstellung gehört, bleibe dahingestellt.

Aus der Gegenwartsperspektive thematisiert der Autor im letzten Teil des Buchs die Diskussion um „Peak Oil“, den Irakkrieg von 2003 sowie die Finanzkrise, die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ganser geht auf Themen ein, die von der Geschichtsschreibung üblicherweise nicht aufgegriffen werden, so auf das Geheimkartell der sieben Erdölmultis zur Hochhaltung der Ölpreise (1928), die Funktionsweise von Raffinerien sowie auf das statistisch-terminologische Verwirrspiel um den heutigen Umfang der globalen Erdölvorräte. Fluchtpunkt und Finale von Gansers Buch ist „Peak Oil“, der vor einigen Jahren tatsächlich eingetretene Rückgang der globalen Förderung von „konventionellem“ Erdöl. Die jüngste Entwicklung hat jedoch gezeigt, dass die Geschichte, auch jene des Erdöls, oft für Überraschungen gut ist.

Bern

CHRISTIAN PFISTER

BORIS GEHLEN/FRANK SCHORKOPF (Hg.): *Demokratie und Wirtschaft. Eine interdisziplinäre Herausforderung* (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte 4). Mohr Siebeck, Tübingen 2013, 191 S., 54,00 €.

Mit diesem vierten Band der Reihe „Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte“ legt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte interdisziplinäre Forschungsprojekt „Gestaltung der Freiheit – Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung“ der Öffentlichkeit das Ergebnis der Göttinger Tagung (März 2012) vor. In diesem Verbundprojekt bündeln Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler aus Bonn, Göttingen und London (LSE) aus dem Blickwinkel ihrer jeweiligen historisch orientierten Disziplinen und Völkerrechtler (EU-Recht) Forschungen zur Regulierung von Netzwerkindustrien im 19. und 20. Jh. Der Schwerpunkt liegt auf der deutschen Geschichte, allerdings häufig in vergleichender Perspektive zu den USA und Großbritannien. Die Rechtswissenschaftler aus Göttingen bringen zudem die gegenwärtige Perspektive aus dem Einigungsprozess der Europäischen Union ein. Zu den Tagungen werden jeweils gezielt Gastreferenten anderer Institutionen eingeladen.

Thomas Züll aus Göttingen referiert einleitend zu dem Thema „Demokratische Gestaltung und wirtschaftliche Freiheit“. Er hebt hervor, dass die europäische Wirtschaftsverfassung im Gegensatz zur wirtschaftspolitischen Neutralität des deutschen Grundgesetzes auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (S. 4) festgeschrieben ist. Reiner Schmidt aus Augsburg erörtert in seinem Beitrag „Grenzen legislativer Regulierung: Komplexität, Dynamik, Flexibilität als Argument?“, inwieweit der Gesetzgeber Marktprozesse regulativ gestalten kann. Gesetze seien an sich geeignet, jedoch zeige die Finanzkrise den begrenzten Handlungsspielraum der Parlamente gegenüber Regierungen und vor allem gegenüber international handelnden nichtstaatlichen Akteuren. Fiete Wulff von der Bundesnetzagentur diskutiert die Regulierungspraxis seiner Institution, die weniger nationales als europäisches Recht umsetzt. Er wie auch Markus Patt aus Bonn, der die „Gestaltungsfreiheit der Regulierungsbehörde ...“ erörtert, heben die Schwierigkeiten, aber auch die Notwendigkeit einer gerichtlichen Überprüfung von Regulierungsmaßnahmen hervor.

Im seinem wirtschaftshistorischen Beitrag über „Historische und gegenwärtige Perspektiven einer europäischen Infrastrukturpolitik“ zieht Gerold Ambrosius aus Siegen Parallelen zwischen der Infrastrukturpolitik des 19. Jh.s und der letzten dreißig Jahre. Beide Epochen waren durch Standardisierung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen gekennzeichnet. Christian Maurer aus Göttingen, der ebenfalls die europäische Infrastrukturpolitik, allerdings aus rechtswissenschaftlicher Sicht behandelt, verweist darauf, dass das Regulierungsrecht mit der Europäisierung nicht nur mitgliedstaat-